

Merkblatt zur Erhebung von personenbezogenen Daten
(Informationspflicht nach Art. 13 DS-GVO - Direkterhebung beim Betroffenen)

1. Namen und Kontaktdaten des Verantwortlichen
(Art. 13 Abs. 1 lit. a DS-GVO)

Verantwortlicher: Landratsamt Saalfeld-Rudolstadt

Der Landrat

Schloßstraße 24

07318 Saalfeld

Innerorganisatorisch für die Datenverarbeitung verantwortlich:

Amt: 3.2 Sozialamt

Sachgebiet: 3.2.1 Eingliederungshilfe/Pflege

Kontakt:

Telefon 03671/ 823 591

Fax 03671/ 823 575

E-Mail sozialamt@kreis-slf.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

(Art. 13 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

Postanschrift:

Landratsamt Saalfeld-Rudolstadt

Datenschutzbeauftragter

Schloßstraße 24

07318 Saalfeld

Kontakt:

Telefon 03671/ 823 559

Fax 03671/ 823 964

E-Mail datenschutzbeauftragter@kreis-slf.de

3. Zwecke der Datenverarbeitung

(Art. 13 Abs. 1 lit. c HS 1 DS-GVO)



Leistungsgewährung in Vollzug Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) – Sozialhilfe



Leistungsgewährung in Vollzug Sozialgesetzbuch Neuntes Buch (SGB IX) – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen



Leistungsgewährung in Vollzug Sozialgesetzbuch Elftes Buch (SGB XI) – Soziale Pflegeversicherung



Leistungsgewährung in Vollzug Thüringer Sinnesbehindertengeldgesetz (ThürSinnbGG)

4. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

(Art. 13 Abs. 1 lit. c HS 2 DS-GVO)

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt für die jeweiligen Hilfen auf der Grundlage von:

Sozialhilfe:

§ 27 b SGB XII, §§ 30 - 37 SGB XII, §§ 42 - 42a
SGB XII, § 48 SGB XII, §§ 54 - 57 SGB XII, §§ 63 - 66
SGB XII, §§ 67 - 68 SGB XII, § 70 SGB XII,
§ 72 SGB XII

Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen:

§§ 58 – 61 SGB IX, §§ 75 – 84 SGB IX

Soziale Pflegeversicherung:

§§ 36 – 44 a SGB XI, § 45 b SGB XI

Thüringer Sinnesbehindertengeldgesetz:

§ 2 ThürSinnbGG

jeweils unter den Maßgaben nach § 22 und 26 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVFG) und in Verbindung mit den Vorgaben zum Sozialdanteschutz nach §§ 67 a ff Sozialgesetzbuch Zehntes Buch (SGB X) und § 35 Sozialgesetzbuch Erstes Buch (SGB I).

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

(Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten erhalten folgende Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern:

innerhalb des Verantwortlichen:

die Sachgebiete des Sozialamtes (Grundsicherung/Wohngeld/Bildung und Teilhabe, Versorgungsverwaltung, Betreuungsbehörde, Unterhalt/Kostenerstattung, Widerspruchsstelle), Kreiskasse sowie nach Notwendigkeit der Fallkonstellation ggf. das Jugendamt und Gesundheitsamt

Auftragsverarbeiter:

Software-Dienstleister für die Fachanwendung OpenProsoz

Dritte (außerhalb des Verantwortlichen):

Sozialleistungsträger (Agentur für Arbeit, Jobcenter, Pflegekassen, Krankenkassen, Deutsche Rentenversicherung)

6. Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation

(Art. 13 Abs. 1 lit. f DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt.

7. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung der Dauer

(Art. 13 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

Die Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt für die Dauer von zehn Jahren nach Beendigung der Leistungsgewährung.

8. Rechte der Betroffenen im Rahmen der Verarbeitung

(Art. 13 Abs. 2 lit. b DS-GVO)

Die nachfolgenden Rechte bestehen nur nach den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen und können auch durch spezielle Regelungen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann grundsätzlich nicht mehr (Art. 21 DSGVO).

9. Recht auf Widerruf der Einwilligung bei einer Verarbeitung nach Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DS-GVO

(Art. 13 Abs. 2 lit. c DS-GVO)

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten beruht nicht auf einer Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DS-GVO. Das Recht auf jederzeitigen Widerruf einer Einwilligung kann daher nicht ausgeübt werden.

10. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

(Art. 13 Abs. 2 lit. d DS-GVO)

Im Rahmen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde nach Art. 77 Abs. 1 DS-GVO. Dies ist in Thüringen der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Häßlerstraße 8, 99096 Erfurt (www.tlfdi.de).

11. Gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Bereitstellung der Daten

(Art. 13 Abs. 2 lit. e DS-GVO)

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist

gesetzlich vorgeschrieben vertraglich vorgeschrieben für einen Vertragsabschluss erforderlich.

Sie sind verpflichtet Ihre personenbezogenen Daten bereitzustellen: ja nein

Die Folgen Ihrer Nichtbereitstellung sind: Über die Leistungsgewährung kann nicht entschieden werden. Eine mögliche Bewilligung der Leistung kann nicht erfolgen.

12. Automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1, 4 DS-GVO

(Art. 13 Abs. 2 lit. f DS-GVO)

Eine Verarbeitung der personenbezogenen Daten für eine automatisierte Entscheidungsfindung durch das Landratsamt Saalfeld-Rudolstadt findet nicht statt.

13. Weiterverarbeitung für einen anderen Zweck

(Art. 13 Abs. 3 DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht für einen anderen Zweck weiterverarbeitet als den, für den die Daten erhoben wurden.